



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 17. Dezember 2022 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

eine breite Palette an Themen, Beratungen und Ereignissen hat uns die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr und in der vorweihnachtlichen Zeit beschert.

Auch zu Beginn dieser Woche standen und stehen wir unter dem Eindruck des größten Antiterror-Einsatzes der Nachkriegsgeschichte gegen die Reichsbürgerszene. Etwa 3000 Polizistinnen und Polizisten führten über 150 Razzien durch. Es kam zu 25 Festnahmen. Die Festgenommenen stehen unter dringendem Tatverdacht, eine terroristische Vereinigung gebildet und die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung geplant zu haben. Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat auch der Hessische Innenminister Peter Beuth, dem als Vertreter des Bundesrats ein Rederecht im Bundestag zusteht, in seiner Rede diesen Zugriff in den Kontext des Kampfes gegen Staatsfeinde und Rechtsextremisten gestellt.

Eine weitere Aktuelle Stunde war thematisch der aktuellen Krise in den Kinderkliniken gewidmet. Die hohe Anzahl an kranken Kindern, Betten-Not in Krankenhäusern und personalmangelbedingte Einschränkungen des Betriebs auf Kinderintensivstationen erfordern unsere größte Aufmerksamkeit.

Aus unserer Sicht ist die Finanzierung durch die Fallpauschalen derzeit ähnlich schlecht wie bei der Notfallversorgung in den Rettungswachen, weshalb deutliche Verbesserungen dringend angezeigt sind. Gleichzeitig muss das strukturelle Problem durch eine bemerkbare Ausweitung von Studienplätzen gelöst werden. Sehr bewegt war ich von dem Austausch in der Bundestagsfraktion mit der Journalistin Natalie Amiri, die von 2015 bis 2020 Leiterin des ARD-Studios in Teheran war. Sie erläuterte die Lage im Iran und ging auf die Hinrichtungen und Inhaftierungen von jungen Demonstrantinnen und Demonstranten ein. Parlamentarisch haben wir einen Leitantrag zur Freiheitsbewegung im Iran eingebracht und sind der festen Überzeugung, dass unser außenpolitisches Engagement in dieser Angelegenheit noch weiter ausgebaut werden muss.

An den 13.12.1972 haben wir in dieser Woche in doppelter Hinsicht erinnert. Mit der Sozialdemokratin Annemarie Renger wurde an diesem Tag weltweit die erste Frau an der Spitze eines frei gewählten Parlaments gewählt. Sie begrüßte einen damals 30 Jahre alten Neuzugang, der in dieser Woche sein 50. Parlamentsjubiläum feierte: Dr. Wolfgang Schäuble.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Iranische Protestbewegung unterstützen
- Bedrohung durch Netzwerke von Reichsbürgern und Rechtsextremisten
- 50 Jahre Parlamentszugehörigkeit von Wolfgang Schäuble
- Bad Homburg erhält Förderung aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm

Iranische Protestbewegung unterstützen

Ausgelöst durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini im Polizeigewahrsam finden seit dem 16. September großflächige Proteste im Iran statt. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Ali Chamenei in Frage. Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen von über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten seit Beginn der Proteste, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor. Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Protestierende.

Standpunkt: *Die mutigen Protestierenden im Iran verdienen unsere Unterstützung und unseren Respekt. In unserer Fraktions-sitzung am 13. Dezember waren wir im Austausch mit der Iran-Expertin und ehemaligen ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri. Darüber hinaus haben wir unseren Antrag „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“ erneut aufgesetzt und damit unsere Forderungen an die Bundesregierung unterstrichen: Deutschland muss die Protestbewegung entschlossen*

unterstützen. Die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, müssen ausgeweitet werden. Deutschland muss im EU-Rahmen entschiedener und schneller handeln. Die EU muss zudem die iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigungen listen. Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran. Als Außenpolitiker habe ich eine klare Bewertung in dieser Angelegenheit: Die Bundesregierung muss in dieser historischen Chance mehr tun, um die mutigen Menschen im Iran zu unterstützen. Die Situation der unterdrückten Frauen im Iran ist der Lackmustest für die Bundesaußenministerin. •

Bedrohung durch Reichsbürger und Rechtsextremisten

Ein gutes Zusammenwirken von Bund und Ländern ermöglichte in der vergangenen Woche, dass die Umsturzpläne von Reichsbürgern im gesamten Bundesgebiet aufgedeckt wurden und ein Schlag gegen die Szene möglich war. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz haben diesen Erfolg ermöglicht und ihr Zusammenwirken ist im Rahmen einer Aktuellen Stunde in dieser Sitzungswoche zurecht gewürdigt worden.

Standpunkt: Dass es diesem Netzwerk nicht gelungen wäre, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen, kann als gesichert gelten – darauf hat der Hessische Innenminister Peter Beuth im Plenum des Deutschen Bundestages zu recht hingewiesen und im selben Atemzug erläutert, warum wir die mit dieser Szene verbundene Gefahr für unsere Demokratie äußerst ernst nehmen müssen. Auch wenn es Verharmlosungen oder auch spöttische Relativierungen dieses Vorganges gab, müssen wir als politisch Verantwortlichen in Klarheit darauf hinweisen, worum es geht und worum es nicht geht. Es geht bei der Bewertung sicherlich nicht primär um die Erfolgswahrscheinlichkeit eines geplanten Staatsstreichs. Aber es geht um die Terrorgefahr, die Leib und Leben von Menschen bedroht. Es geht um Menschen, die sich verabredet haben, Straftaten von Mord und Totschlag zu begehen, bewaffnet und taktisch geschult waren und Gewalt als legitimes Mittel erachten. Das alles hat Innenminister Beuth auf eine zutreffende Formel heruntergebrochen: „Reichsbürger mit ihren Ideologien und ihrer Waffenaffinität dürfen von niemandem verharmlost werden.“ •

50 Jahre Parlamentszugehörigkeit von Wolfgang Schäuble

Diese Woche begingen wir ein doppeltes 50-jähriges Jubiläum im Bundestag: Am 13. Dezember 1972 wurde mit Annemarie

Renger (SPD) erstmals eine Frau in das Amt der Bundestagspräsidentin gewählt. Sie war bis 1976 der „zweite Mann im Staat“ und bekleidete anschließend bis 1990 die Vizepräsidentschaft des hohen Hauses.



Am gleichen Tag vor 50 Jahren trat auch ein junger CDU-Abgeordneter aus Baden-Württemberg erstmals sein Mandat an – der Beginn einer beispiellosen politischen Karriere und eines beeindruckenden Lebenswerkes. Seitdem ist Wolfgang Schäuble 14 mal in seinem Wahlkreis wiedergewählt worden. Als Kanzleramtsminister hat er maßgeblich die deutsch-deutschen Beziehungen gestaltet, als Innenminister unter Helmut Kohl den Einigungsvertrag entworfen und war damit einer der Architekten der Deutschen Einheit.

Unter Angela Merkel führte er erneut das Innenressort und legte mit der Islamkonferenz einen Meilenstein in der deutschen Integrationspolitik. Als Finanzminister hat er gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Deutschland und Europa sicher durch die Finanz-

und Wirtschaftskrise navigiert. Als Bundestagspräsident hat er die direkte Demokratie durch die Einrichtung der Bürgerräte gestärkt und die Deutsch-französische parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen. Angela Merkel bezeichnete ihn einmal als „Glücksfall für die deutsche und europäische Politik“. Als Fraktionsvorsitzender der Union war er als Debattenredner gefürchtet.

Seine mitreißende Rede bei der Berlin-Bonn-Debatte am 20. Juni 1991 – einer der Sternstunden der deutschen Parlamentsgeschichte – war u.a. ausschlaggebend für das Votum pro Berlin. Völlig zu Recht ist er mit der Ehrenbürgerwürde unserer Hauptstadt ausgezeichnet worden. Als leidenschaftlicher Europäer ist er darüber hinaus seit 2012 Träger des Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen.

Ich schätze Wolfgang Schäuble für seine scharfen Analysen, seinen großen Erfahrungsschatz und seinen festen Wertekompass, verwurzelt in seinem christlichen Glauben. Sein politisches wie persönliches Wirken ist von historischen Erfolgen und auch von persönlichen Prüfungen geprägt.

Für seine Leistungen und seinen Platz als der inzwischen dienstälteste Abgeordnete in der Geschichte nationaler deutscher Parlamente spreche ich Dr. Wolfgang Schäuble meine höchste Anerkennung aus. •

Die gute Nachricht der Woche:

Bundesförderung für Bad Homburg in Höhe von 138 325 Euro.

Die vom Unternehmer Werner Reimers im Jahr 1963 gegründete Stiftung mit Sitz in Bad Homburg hat es sich zum Anspruch gemacht, die Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaften zu fördern und damit das Verhalten von Menschen und das Wirken seiner Institutionen zu verstehen. Gemeinsam mit der Goethe Universität hat die Reimers-Stiftung das Forschungskolleg Humanwissenschaften in Bad Homburg eingerichtet. Ich freue mich, dass die Reimers-Stiftung bei einem Denkmalschutz-Vorhaben im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms des Bundes mit einem Betrag von 138 325 Euro bedacht werden soll. Der dazu erforderliche Beschluss wurde in dieser Woche im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gefasst. •